Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 236 | Wilhelmshaven | Juni 2008

Staatsschutz observiert Ratssitzung

Verhältnisse wie in einer Bananenrepublik im Wilhelmshavener Ratssaal - Seite 6 -

Sanktionen

Der freie Fall der Wilhelmshavener SPD in die Bedeutungslosigkeit ist Thema unseres Artikels auf Seite 3.

In Bad Nenndorf hat sich ein Bündnis gegen die Verherrlichung Agnes Miegels gegründet. Wir berichten auf Seite 4 über die auch für Wilhelmshaven wichtigen Beweggründe des Bündnisses.

Seit vielen Jahren bauen "vier gestandene Männer" an einem Modell eines Hafenbeckens inklusive einer Werft. Eigentlich sollte es im Küstenmuseum seinen Platz finden. Warum daraus nichts wurde, können Sie auf Seite 5 lesen.

"Die Zuschauertribüne war gerammelt voll, ging es doch um SPD-Querelen und eine Bürgermeisterwahl, aber auch Jahrhundertprojekte von Hafenbau und Industrieansiedlung. Letztere haben wir zu einem dicken Ratsbrocken zusammengefasst, der manchem im Halse stecken bleiben wird." – so beginnen unsere Mai-Ratssplitter auf Seite 6.

Der neue Geschäftsführer des Wilhelmshavener Job-Centers machte seinen Antrittsbesuch bei der Arbeitsloseninitiative. Wir waren auch da, wie der Bericht auf Seite 8 beweist.

Wir müssen gestehen: seit Monaten tun wir dem Job-Center Unrecht – lesen Sie Seite 9. Hier finden Sie auch die neuen Mietobergrenzen Wilhelmshavens und einen Bericht über die Erhöhung der Sanktionsquote in Friesland.

Das Wilhelmshavener Versorgungsunternehmen GEW fordert Sicherheitsleistungen von denen, die nichts haben. Seite 10.

Adolf Hitler ist nicht mehr Ehrenbürger der Stadt Wilhelmshaven – der Beschluss dazu fiel bereits Anfang 1984. Auf Seite 11 stellen wir einiges richtig und berichten über die Entehrung Hitlers.

Informationen, Termine, Anzeigen – wie immer quer im Gegenwind verstreut.

Gegenwind im Internet:

www.gegenwind-whv.de

Wir nehmen Abschied von
Eckhard Kelbch

Die linke politische Arbeit in Wilhelmshaven ist untrennbar mit dem Namen Eckhard Kelbch verbunden. Es gab keine Sitzung, auf der Eckhard sich nicht zu Wort meldete – oftmals zum Entsetzen der Teilnehmer, denn sie wussten: Wenn Eckhard zu reden beginnt, dann kann es etwas länger dauern.
In den achtziger Jahren verließ Eckhard im Zorn seine Partei, die SPD. Erst in der Nachbargemeinde Schortens fand er wieder eine politische Heimat, fand er Sozialdemokraten, mit denen er zusammenarbeiten konnte, was mit den Wilhelmshavener Genossen unmöglich geworden war. Eckhard kam mit einer linkssozialistischen Meinung auf die Welt – und er ist ihr bis zu seinem Tode am 11. Mai 2008 treu geblieben.
Eckhards unzerstörbarer Glaube an den Sieg von Vernunft und Gerechtigkeit über Engstirnigkeit und Unrecht wird für uns beispielhaft bleiben.

meldungen

OB-Versprechungen

Was hatte der OB den Bürgern nicht alles versprochen, als er den Wilhelmshavenern mit aller Macht den JadeWeserPort schmackhaft machen wollte.
Da sollten Ersatzplätze für den Campingplatz gesucht und gefunden werden. Für den Verlust des Geniusstrandes sollte sogar das Freibad Nord ausgebaut und erneuert werden.Und schon mit Beginn der Bauarbeiten versprach er, dass die vielen Hundert Bauarbeiter die Hotels in Restaurants in Wilhelmshaven bis zum Rand füllen werden. Dass er dann noch von mehreren Tausend Arbeitsplätzen sprach, hat auch wohl kaum jemand vergessen.
Doch wie sieht es wirklich aus? Einen Ausgleich für den Wegfall des Geniusstrandes gibt es nicht. Einen Ersatz für den Campingplatz hat die Stadt nicht geschaffen, den alten aber nicht nur um 3 Jahre zu früh dem Erdboden gleich gemacht, sondern auch noch alle darauf befindlichen Gebäude abgerissen. Darunter z.B. voll funktionsfähige Gebäude mit Dusch- und Waschräumen. Auch die Toilettenanlagen sind nicht mehr da.
Jetzt gehen, wie immer wieder von den Gegnern des JWP angeführt, die Bauarbeiter nicht in die Hotels, sondern übernachten in Wohnwagen und Containern. Fast könnte man meinen in Schilda zu wohnen, wenn man sieht, dass dieses Wohnwagen- und Containerdorf genau da entsteht, wo einst der Campingplatz war. Was diese Bauarbeiter zudem dringend bräuchten, sind die abgerissenen Dusch- und Waschräume, sowie Toiletten. (jt)

Berichtigung: GW 235 - S. 2/Meldungen: In "WRG-Erweiterungsvorhaben" steckt ein Fehler in dem Satz "Nicht zu vergessen die 2,573 Mio. Jahrestonnen Schwefeldixid (SO2)." Es handelt sich nicht um SO2 sondern um das Klimagas CO2 (Kohlendioxid).

Zufrieden

ist Hans-Jürgen M., über dessen juristische Auseinandersetzung mit dem Job-Center wir in der letzten Ausgabe unter der Überschrift "Genervt" berichtet haben. In diesem Artikel hieß es zum Schluss, dass sich die Auszahlung des Geldes, das er zu bekommen hatte, verzögere, weil man bei der Behörde so viel damit zu tun habe, seine Widersprüche zu bearbeiten. Der Vergleich, den Hans-Jürgen mit dem Job-Center geschlossen hatte, bringt ihm 147 € monatlich mehr (bisher nicht erstattete Kosten der Unterkunft und anteiliges Sozialgeld für seine Tochter, die regelmäßig mehrere Tage bei ihm verbringt). Zwei Monate nach dem Gerichtstermin, in dem der Vergleich geschlossen wurde, bekam Hans-Jürgen sein Geld, und zu seiner freudigen Überraschung erhielt er nicht nur für den laufenden Bewilligungszeitraum, sondern auch für die beiden vorangegangenen Bewilligungszeiträume entsprechende neue Bescheide. "Es hat sich gelohnt, dass ich mich gewehrt habe!", sagt Hans-Jürgen heute zufrieden. Und bezüglich der Verfahren, die noch anstehen – ihm fehlen nämlich auch noch Heizkosten, die bei dem Termin im März nicht verhandelt wurden – ist er guten Mutes. (noa)

Fäkalieneinleitungen werden reduziert

Seit Jahrzehnten leitet die Stadt Wilhelmshaven ungeklärte Abwässer am Südstrand in die Jade. Nachdem die Bevölkerung Mitte 2006 erstmals auf die Barrikaden ging, hat der Rat der Stadt am 21.05.2008 nun ein Konzept beschlossen, wie diese Fäkalieneinleitungen reduzieren soll.
Hierzu wurden zwei Gutachten in Auftrag gegeben. Eines beschäftigte sich mit der Verbesserung des bestehenden Kanalsystem in unterschiedlichen Varianten. Das zweite Gutachten, von der BASU und den Grünen durchgesetzt, sollte ein Trennsystem untersuchen.
Es mag vielleicht auch anderen etwas seltsam vorkommen, dass diese Gutachten genau zu dem von der Verwaltung gewünschten Ergebnis gekommen sind. Auch mögen die Inhalte der Gutachten an vielen Stellen nicht so ganz schlüssig sein - das aber interessierte die Mehrheit der Ratsmitglieder nicht die Bohne. Hatten sie doch eine Vorlage auf dem Tisch, die nicht weh tut und nach außen wirkt, als würde man alles unternehmen wollen, die Fäkalieneinleitungen zu stoppen.
So beschloss der Rat ein ca. 20 Mio. Projekt, welches die Fäkalienabschläge um, so die Gutachter, 90% verringern soll.
Ob es nun tatsächlich 90 %, oder die von anderer Seite errechneten 49 % Verringerung sind, mag dahingestellt bleiben.
Dass überhaupt Gelder in die Hand genommen werden, um den unhaltbaren Zustand am Südstrand zu verbessern, verdanken die Bürger und Badegäste allein dem unermüdlichen Kampf der Kaiserlichen Kanalarbeiter, die gegen alle Widerstände und Verleumdungskampagnen Rat und Verwaltung zwangen etwas zu unternehmen.
Ohne diesen Druck hätte es niemals einen solchen Ratsbeschluss gegeben. Dank an die Kaiserlichen KanalarbeiterInnen für ihre bisherige Arbeit, die sicher nicht zu Ende sein dürfte. (jt)

Diether Dehm im Orange

Am 3. April erging ein Urteil des Europäischen Gerichthofes zur Tarifbindung bei der öffentlichen Auftragsvergabe. In dem Verfahren ging es um ein öffentliches Bauprojekt, bei dem die Beschäftigten nicht nach Tarif bezahlt worden waren. Unter Berufung auf die Entsenderichtlinie 96/71/EG hat der EuGH nun öffentlichen Vorhabenträgern gewissermaßen verboten, an die Auftragsvergabe Bedingungen bezüglich tariflicher Entlohnung zu knüpfen.
Nach diesem Urteil hat die niedersächsische Landesregierung entschieden, dass Aufträge neu ausgeschrieben werden müssen. Und in Wilhelmshaven verschiebt sich der 3. Bauabschnitt der Sanierung der Marktstraße – die Stadt hat die Ausschreibung wieder aufgehoben. "Künftig müssen auch Gebote gewertet werden, die nicht auf Tariflohnbasis kalkuliert wurden", hieß es in der "WZ" vom 15.04.2008. Mit dem EuGH-Urteil sind dem Lohndumping weitere Türen geöffnet worden. Gegen dieses Urteil werden einige Mitglieder der Bundestagsfraktion der LINKEN beim Bundesverfassungsgericht Klage einreichen.
Am **Sonntag, 8. Juni 2008, 11.00** Uhr findet im **Orange** (Pumpwerk-Gastronomie) dazu eine öffentliche Veranstaltung des Kreisverbandes Wilhelmshaven der LINKEN statt. **Diether Dehm**, Landesvorsitzender und europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der LINKEN, wird im Rahmen eines politischen Frühschoppens zum Thema "EU-Willkür contra friedliche, demokratische und soziale Standards" sprechen. (noa)

Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland

Die nächste öffentliche Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland findet am Dienstag, 10. Juni, um 10 Uhr im Gewerkschaftshaus in der Weserstraße 51 statt. Der Personalratsvorsitzende der Stadt, Dieter Kanth, wird über Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) bei der Stadt sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Personalrates sprechen.

Gegenwind

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Imke Zwoch;
Druck: Papudis; Auflage: 4.400 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 04.06.2008
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben, diesmal gilt unser besonderer Dank einmal wieder Joachim Tjaden.

Immer tiefer

Die Wilhelmshavener SPD weiter auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit

(hk) Mit aller Macht arbeiten die führenden Kader der Wilhelmshavener Sozialdemokratie daran, ihrer Partei den politischen Todesstoß zu versetzen. Man scheint der Meinung zu sein, dass es ausreicht, wenn eine Handvoll Genossen die Linie der Partei bestimmt.

Seit unserem Artikel im letzten Gegenwind ist einiges in der SPD passiert – geändert hat sich aber nichts. In einem Schreiben an die "Lieben Genossinnen und Genossen" beklagt der stellvertretende Kreisverbandsvorsitzende Volker Block: "Den Kontakt, die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern haben wir verloren. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Gewerkschafter sind wir zum Beispiel nicht mehr der erste politische Ansprechpartner."

Die SPD-Ratsfrau Barbara Ober-Bloibaum (Ortsverein Siebethsburg) stellt sich als Bürgermeisterkandidatin gegen Wilfrid Adam zur Verfügung und verursacht dadurch eine große Unruhe in der Partei. Schließlich steht sie nicht nur für eine personelle Erneuerung der Parteistrukturen, sie ist auch noch eine Frau, was ihrer Kandidatur gegen die SPD-Männerwirtschaft zusätzliches Gewicht verleiht. Die Jusos und die Ortsvereine West, Mitte (ohne formellen Beschlusss) und Siebethsburg machen aus ihrer Sympathie für die Kandidatur Ober-Bloibaums keinen Hehl.

Wenig später melden sich dann die SPD-Ratsfrauen Ursula Aljets, Sabine Gastmann, Margit Stoermer, Angelika Thwin und Christine Will zu Wort und versagen der aufmüpfigen Genossin die Unterstützung und stellen ihre Qualifikation in Abrede. Für die fünf Damen des Rates ist "Wilfrid Adam die beste Wahl" (WZ 15.5.08). Die Neuaufstellung der Partei geht für die Damen ganz automatisch "altersbedingt" vonstatten.

SPD-Ratsherr Hans Gabriels äußert sich in der Wilhelmshavener Zeitung am folgenden Tag: "Die Forderungen (Rücktritt von Neumann usw. – hk) kämen aus einem innerparteilichen Kreis, der "bislang durch nichts als durch Nörgelei aufgefallen sei". Der Ratsherr Föhlinger vom rebellischen Ortsverein West wirft dem Parteivorsitzenden Schmidt in derselben Ausgabe der WZ vor, zur Kreisvorstandssitzung bestimmte Leute nicht eingeladen zu haben. "Es geht", so Föhlinger in der WZ, "offenbar nur darum, bestimmte Abstimmungsergebnisse zu erzielen."

Am 20. Mai macht die Meldung die Runde, dass der Ortsverein Siebethsburg dem Fraktionschef Siegfried Neumann das Stimmrecht im Ortsverein entzogen habe und er seinen Sitz im Verwaltungsausschuss für Ober-Bloibaum zur Verfügung stellen solle, damit diese als 2. Bürgermeisterin gewählt werden kann.

Am 21. Mai dann die Stunde der Entscheidung. Wilfrid Adam wird vom Rat der Stadt mit 23:18 Stimmen zum 2.Bürgermeister gewählt (Siehe Ratssplitter "Heiße Luft" auf Seite 6). Und diese Wahl heißt dann wohl auch für das Führungsquartett der Partei, dass erst einmal alles wieder im grünen Bereich ist. Norbert Schmidt gibt zwar zu, dass die Partei Schwierigkeiten habe, aber, so Schmidt, "die hatten wir früher auch schon mal. Das ist völlig normal."

In einem Bericht der Wilhelmshavener Zeitung zeigt sich die SPD-Ratsfrau Christine Will "tief enttäuscht" von dem "unmenschlichen Stil", in dem Parteimitglieder verdiente Genossen attackieren. Norbert Schmidt wirft einigen Kritikern gar vor, dass diese von Neuerungen reden, aber letztendlich die Spaltung der Partei betreiben. Neumann und Will bekräftigen, dass der nötige Wechsel bald eingeläutet wird.

Am 29. Mai wird dann ein Leserbrief von des SPD-Mitgliedes Helmut Kortendieck zu den Äußerungen von Hans Gabriels veröffentlicht, aus dem wir einige Passagen zitieren:

Zur Erinnerung: Herr Föhlinger wirft der SPD-Führung geheime Koalitionsverhandlungen mit der CDU vor (Norbert Schmidt musste einen Fehler einräumen, WZ vom 8.März), wirft Frau Gastmann die Falschdarstellung einer Wahl vor (Frau Gastmann musste ein Versehen einräumen, WZ vom 16. Mai), unterstellt Frau Gastmann, für andere Frauen in der Fraktion gesprochen zu haben (Frau Gastmann bestreitet das, siehe WZ vom 16. Mai, keine Reaktion der Zeugen). Er wirft Norbert Schmidt im Zusammenhang mit der außerordentlichen Kreisvorstandssitzung vom 17. Mai die Missachtung der Ladungsfrist vor (keine Reaktion der Zeugen). Er wirft Norbert Schmidt vor, zur außerordentlichen Kreisvorstandssitzung vom 17. Mai nur die Kreisvorstandsmitglieder, nicht aber, wie es seine Pflicht gewesen wäre, auch die Ortsvereins- und Arbeitsgruppenvorsitzenden eingeladen zu haben (Heino Janssen musste einen Fehler einräumen, WZ vom 19. Mai). (...)

Zwei der hier angesprochenen Fehler gleichen sich auffällig. Die Koalitionsverhandlungen mit der CDU waren angeblich keine, obwohl Schmidt sie zunächst selbst so genannt hatte und die außerordentliche Kreisvorstandssitzung war selbstverständlich auch keine, obwohl Schmidt ausdrücklich zu ihr eingeladen hatte. Aus den Koalitionsverhandlungen wurden über Nacht "Gespräche" und aus der außerordentlichen Kreisvorstandssitzung ein "informelles Treffen" im "kleinen Kreis seiner Vertrauten."

Zum Abschluss zitieren wir nochmals einen Text von Tim Sommers Internetseite, in dem er sich unter der Überschrift *"Das Imperium schlägt zurück* oder: *Keiner ist schuld"* mit den Ergebnissen der Kreisverbandsvorstandssitzung befasst.

Auf der Kreisverbandsvorstandssitzung der SPD in Wilhelmshaven ging es erneut hoch her. Die in der Kritik stehenden Genossen drehten den Spieß um und stellten die Kritiker als "Spalter" dar. Einhelliger Tenor auf der Versammlung war, dass man nun endlich zu den Inhalten zurück kommen müsse. Die öffentliche Auseinandersetzung müsse ein sofortiges Ende haben.

Nachdem Norbert Schmidt bereits nach seiner verlorenen Landtagswahl klar gesagt hat, dass er sich nicht vorzuwerfen hätte, brachte auch Siegfried Neumann zum Ausdruck, dass er nichts falsch gemacht hätte. Inhalte wären wichtiger als Personalien. Der Bürger würde die SPD nicht mehr ernst nehmen.

Die Wahrheit sieht dann doch etwas differenzierter aus! Erneut bewies die Parteispitze, dass es ihr nicht um die inhaltliche Kritik geht, sondern das sie sich lieber mit den Kritikern als Personen auseinandersetzt. Personelle Konsequenzen wurden weiter abgelehnt.

Damit nicht der Eindruck entsteht, dass die Kritik inhaltslos sei, hier eine kleine Zusammenfassung der inhaltlichen Kritik der letzten Monate. Denn die Kritiker haben konkrete inhaltliche Anregungen angebracht:

- *Mehr Transparenz innerhalb der SPD vor Ort*
- *Personeller und inhaltlicher Neuanfang*
- *Rückkehr zu sozialdemokratischen Grundsätzen*
- *Gerechte Entlohnung der Auszubildenden im RNK*
- *Stopp der rücksichtslosen Privatisierung*
- *Finanzielle Förderung von Kultur und Sozialem*
- *Aufhebung der Ämterhäufung bei Mandatsträgern*
- *Stopp der rücksichtslosen Industrialisierung der Region*
- *Bessere Zusammenarbeit mit Friesland*
- *Förderung des politischen Nachwuchses*
- *Einführung der Basisdemokratie (Urabstimmungen)*
- *Einberufung eines Parteitages*
- *Eine Frau als 2. Bürgermeisterin*
- *Stopp von PPP-Modellen*
- *Auflösung des undurchschaubaren Stadtwerke-Holding-Geflechtes*
- *Stärkung des Rates*
- *und, und, und…*

Leider sehen und lesen die Parteibosse nur das, was sie sehen und lesen wollen. Die Inhalte werden in Abrede gestellt, die Kritiker persönlich angegangen. Zu den Inhalten wird keine Stellung bezogen, Änderungen in der Politik sind nicht erkennbar. Keiner will für den Mitgliederschwund und die Wahlniederlagen verantwortlich sein, zumindest aber bleiben Konsequenzen aus.

Der verzweifelte Ruf nach innerparteilicher Ruhe wirkt eher wie eine inhaltliche Bankrotterklärung. Wer nichts zu sagen hat, der bittet um Ruhe. Selbstkritik und die Erkenntnis, dass es so nicht weitergeht, sucht man weiter vergebens. Die inhaltliche Kritik wird vollständig ignoriert oder in Abrede gestellt.

Es wird spannend sein, zu erleben, wie sich die Partei weiter entwickelt. Lippenbekenntnisse reichen schon lange nicht mehr aus, um die Basis zur Ruhe zu bringen. Ein konsequenter Kurswechsel mit neuen Inhalten und neuen Köpfen ist nach wie vor der einzige Weg, die SPD nach vorne zu bringen!

Die Auseinandersetzungen in der SPD werden wohl vorerst kein Ende finden. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Kritiker weiter aktiv bleiben, denn mit der neoliberalen Politik des jetzigen Führungsquartetts wird steht auch die Glaubwürdigkeit der Partei als soziales Gegengewicht in Frage. Die SPD sollte sich davor hüten, zu einem Jubelverein für die Politik des Oberbürgermeisters und der Lobbypolitiker Adam und Neumann zu werden. Die Auswirkungen der Politik der letzten Jahre sollten da mehr als nur ein Warnsignal sein! ❑

Mit dem Miegel-Kult brechen

Vom 29. Februar bis zum 2. März fanden in Bad Nenndorf die "Agnes-Miegel-Tage" statt.

(hk) Das "Bündnis gegen Agnes-Miegel-Verherrlichung" rief zu einer Demonstration auf. Angesichts der aktuellen Bestrebungen der Umbenennung der Wilhelmshavener Agnes-Miegel-Schule veröffentlichen wir Auszüge aus den Infoblättern und Pressemitteilungen des Bündnisses.

Wer war Agnes Miegel?

Die "Heimatdichterin" Agnes Miegel wurde 1879 im damaligen Königsberg geboren. Bereits zur Zeit der Weimarer Republik waren ihre Gedichte, die vornehmlich von der "Schönheit der ostpreußischen Heimat" handeln, in extrem konservativen Kreisen beliebt. So verwundert es nicht, dass sie nach 1933 zum Star am "Kulturhimmel" des Nationalsozialismus aufstieg. Während die Bücher vieler ihrer Kollegen von den Nazis verbrannt wurden, trat Miegel in die nazistische "Preußische Akademie der Dichtung" ein. 1937 wurde sie Mitglied der NS-Frauenschaft und 1940 der NSDAP. Sie durfte im Nationalsozialismus frei publizieren und wurde für ihre Werke, in denen sie sich immer wieder positiv auf die "Volksgemeinschaft" und die "Blut- und Boden-Ideologie" bezog, mit Auszeichnungen überhäuft, darunter mit dem "Ehrenzeichen der Hitlerjugend". Ihre Zustimmung zum deutschen Faschismus verdeutlichte sie darüber hinaus in Lobeshymnen an Adolf Hitler. Im Gedicht "An den Führer" schrieb sie: "Unsere Herzen, hart von Not und Krieg, hat mit seinen glühenden glaubensvollen Worten er durchpflügt wie Ackerschollen, bis ein neuer Frühling in uns stieg." Weiter heißt es dort: "Lass deine Hand Führer! uns vor aller Welt bekennen: Du und wir nie mehr zu trennen, stehen ein für unser Vaterland!" Nach der Niederlage des Nationalsozialismus 1945 musste sie Königsberg verlassen und wurde bis 1949 mit einem Schreibverbot von den Alliierten belegt. Ihre neues Zuhause wurde Bad Nenndorf, wo ihr als Ehrenbürgerin ein lebenslanges Wohnrecht zugestanden wurde. Eine Distanzierung von ihrem Wirken im Nationalsozialismus gab es nie. Nicht zuletzt deswegen erlangte sie große Beliebtheit in "Vertriebenenkreisen". 1963 verstarb die Unbelehrbare.

Der Agnes-Miegel-Kult

Eben diese Kreise gründeten 1969 die "Agnes-Miegel-Gesellschaft", die das "Andenken der Dichterin" bewahren will. Das Haus in Bad Nenndorf, in dem Miegel bis zu ihrem Tod lebte, wurde von der Gesellschaft zu einer Gedenkstätte umfunktioniert. Bis heute führt die Gesellschaft dort Veranstaltungen durch.

Auf der einen Seite verschweigt die Agnes-Miegel-Gesellschaft in ihren Veröffentlichungen bewusst Miegels Rolle im Faschismus oder versucht diese zu verharmlosen. Auf der anderen Seite bestehen Kontakte zur extremen Rechten. Ein Beispiel dafür ist Gisela Limmer von Massow, die auf den "Agnes-Miegel-Tagen" 2006 aus den Gedichten von Agnes Miegel vorlesen sollte. Limmer von Massow gehört dem Verein "Gedächtnisstätte" an, der in Borna (Sachsen) eine Denkmal für die deutschen "Opfer" des 2. Weltkrieges errichten will. Gründerin des Vereins ist die bekannte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel, die mit dem Collegium Humanum (das Collegium Humanum wurde Anfang Mai 2008 vom Bundesinnenministerium verboten -hk-) in Vlotho (NRW) das bedeutendste Zentrum für Holocaust-Leugner in Europa betreibt. Auf der Internetseite der Agnes-Miegel-Gesellschaft wird eine CD angeboten, auf der Gisela Limmer von Massow zusammen mit dem Wiener Neofaschisten Walter Marinovic Gedichte von Miegel rezitiert. Marinovic war bereits mehrfach Referent auf Veranstaltungen der NPD.

Neben der Agnes-Miegel-Gesellschaft und dem von ihr betriebenen Haus gibt es in Bad Nenndorf das Denkmal und einen nach Agnes Miegel benannten Platz. Für die Stadt Bad Nenndorf scheint Agnes Miegel ein Standortfaktor zu sein, mit dem sich Touristen anlocken lassen. Anders lässt sich nicht erklären, dass das Denkmal auf Kosten der Stadt an eine exponierte Stelle im Kurpark versetzt wurde. (...)

Widerstand

Die diesjährigen Agnes-Miegel-Tage der Agnes-Miegel-Gesellschaft, die vom 29.02. - 03.03. im Hotel Hannover in Bad Nenndorf stattfanden, bildeten den Anlass für die Gründung eines antifaschistischen Bündnisses, das dem Agnes-Miegel-Kult etwas entgegen setzen will. Das "Bündnis gegen Agnes-Miegel-Verherrlichung" rief zu einer Demonstration am 01.03.2008 auf, die unter dem Motto "Mit dem Agnes-Miegel-Kult brechen! Gegen Opfermythen und Revisionismus!" stand. (...) ❑

"Maschinen zur Produktion von Wolken"

Jürgen Trittin sprach im Pumpwerk über Kohlekraftwerke

Am 17. Mai, wenige Tage, bevor der Rat der Stadt die Bauleitplanung für zwei weitere Kohlekraftwerke im Rüstersieler Groden freigeben sollte, waren in Wilhelmshaven zwei hochkarätige Fachleute in Sachen Kohlekraftwerke und alternative Energien zu Gast: Jürgen Trittin, ehemaliger Bundesumweltminister und heutiger Vizefraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, und Karsten Smid, Klimaexperte von Greenpeace Deutschland. Auf Einladung der GRÜNEN Wilhelmshaven und der Bürgerinitiative "Zeche Rüstersieler Groden" sprachen sie im Pumpwerk über die ökologischen und ökonomischen Risiken von Kohlekraftwerken und zeigten zukunftsfähige Alternativen auf. Leider waren unter den etwa 350 Zuschauern keine Vertreter der Ratsfraktionen von SPD, CDU oder FDP – dies wäre eine gute Möglichkeit gewesen, sich noch einmal aus anderer Quelle zu informieren als nur über die Lobby von e.on und Electrabel.Beide Referenten waren übrigens klimafreundlich mit der Nordwestbahn angereist statt mit einem großen Tross gepanzerter PS-starker Limousinen. Trittin zeigte sich gut informiert über die Situation vor Ort, auch das "Gesabbel über Pflanzen, die durch mehr CO2 besonders gut wachsen" (so behauptete ein Landwirt im Stadtrat) war ihm zu Ohren gekommen. Am Beispiel der massiven Anstrengungen, die Deiche an der Nordseeküste zu erhöhen, schlug er den Bogen zwischen globalen Auswirkungen und lokaler Betroffenheit. Auch Bürgerkriege wie in afrikanischen Ländern sind für ihn Ergebnis des wachsenden Konfliktes um nutzbare Landflächen. "Unterlassener Klimaschutz ist unbezahlbar und vernichtet volkswirtschaftliche Vermögen."

Weiter bemängelte er die immer noch rückständige Energieeffizienz auch neuer Kohlemeiler: "50 Prozent der Energie gehen als Abwärme in die Jade – solche Kraftwerke sind Maschinen zur Produktion von Wolken". Auch mit dem Märchen von der Stromlücke, die (laut Kraftwerkslobby) nach Abschaltung der Atomkraftwerke und ohne neue Kohlekraftwerke angeblich droht, räumte Trittin gründlich auf. 2012 sollen laut Klimazielen 12,5% der Energie aus regenerativen Quellen kommen – in diesem Jahr sind es aber schon 15%. 200.000 Arbeitsplätze wurden in diesem Sektor bereits geschaffen.

Verwundert ist Trittin, weshalb Politik und Energiewirtschaft sich aufgrund angeblicher Abhängigkeit von Lieferungen aus Russland gegen die verstärkte Nutzung von Gas wehren: "Auch Uran und Kohle werden aus Russland bezogen." Gleichzeitig erinnerte er an die unmenschlichen Bedingungen, unter denen unsere Importkohle in den Herkunftsländern wie China gewonnen wird.

Trittin ermunterte die WilhelmshavenerInnen zur weiteren kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema Kohlekraftwerke. Die "fadenscheinigen Argumente gegen den Bürgerentscheid" waren ihm bekannt – er erinnerte an den Bürgerentscheid im saarländischen Ensdorf, einem alten Bergbaugebiet. 70% der BürgerInnen beteiligten sich, 2/3 entschieden sich gegen ein neues Kohlekraftwerk, das damit vom Tisch war.

"Wenn es Deutschland wirklich mit dem Klimaschutz ernst ist und die Bundesregierung ihre selbst gesetzten Klimaschutzziele erreichen will, darf kein neues Kohlekraftwerk ans Netz gehen. Durch den Emissionshandel werden der Stromerzeugung 2020 nur noch 280 Mio. Tonnen C02-Emissionen zugebilligt. Für neue fossile Kraftwerke stehen dann nur 21 Mio. t zur Verfügung, um 57 TWh Strom zu erzeugen. Dies bedeutet, dass für jede Kilowattstunde maximal 386 g CO2 anfallen dürfen. Dies ist aber mit Kohlekraftwerken nicht zu erreichen."

In einigen Jahren ist es vorbei mit kostenlosen Emissionszertifikaten, mit dem "billigen" Kohlestrom und damit auch den lukrativen Unternehmensgewinnen: "Die Bürgerinitiative schützt letztlich auch das Vermögen von e.on und Electrabel". Laut Karsten Smid könnte sogar die Stadt später wegen Klimafolgeschäden juristisch belangt werden. (iz)

Sehr schön, aber ...

Das traurige Schicksal einer guten Idee

(iz/noa) Seit Jahren bauen vier gestandene Männer am einem Modell herum, haben es fertiggestellt, wieder umgebaut und noch einmal wieder umgebaut. Alle, die es sehen, finden es schön. Dennoch scheint niemand es zu wollen, obwohl (fast) jeder es umsonst bekommen könnte.

Die vier gestandenen Männer nennen sich heute ***ehemaliger*** Historischer Arbeitskreis des DGB, und dass dieses "ehemaliger" dabeisteht, hat auch etwas damit zu tun, dass niemand ihr Werk zu wollen scheint. Das Modell ist ein 3 mal 6 Meter großes Hafenbecken nebst einer kleinen Werft. Hergestellt wurden die beiden Stücke für das Küstenmuseum. Begonnen wurde die Arbeit zu einer Zeit, als das Küstenmuseum noch im Keller des City-Hauses (jetzt Ratrium) ein trauriges Schattendasein fristete; gearbeitet wurde, als es einige Zeit gar kein Küstenmuseum gab, sondern seine Exponate in Kisten verpackt darauf warteten, dass es irgendeinen besseren Platz für sie gäbe.

Damals gründete sich der "Förderverein Neues Küstenmuseum", dessen Mitglieder auch Vorstellungen über ein Museumskonzept entwickelten. Ein Museum mit pädagogischem Anspruch sollte es werden, in dem "das Verständnis für Geschichte möglichst früh geweckt (wird) und in Begegnung mit Heimatgeschichte" anfängt. Das Hafenbecken nebst Werft ermöglicht es, Kinder spielerisch an die Geschichte Wilhelmshavens heranzuführen.

"Die Werft verfügt über ein Schwimmdock, ein Trockendock mit ausfahrbarem Tor und einer mechanischen Wasserpumpe (mit der das Trockendock , von Hand' geleert werden kann), eine Slipanlage sowie Anleger und Piers. Dazu gehören zwei Dockkrane und ein großer Containerkran, der auf der Seitenauflage des Hafenbassins bedient wird. Dock- und Sieltore, die Helling, Wasserpumpe und Kräne sind alle manuell zu bewegen. Die Kinder und andere Besucher können – im Zeitraffer – Ebbe und Flut erleben: Mittels zweier elektrischer Pumpen werden maximal 4.200 l Wasser in das Becken gepumpt und über ein Rohrsystem wieder in die darunter liegenden drei Vorratsbehälter zurückgeführt." So beschreiben die Erbauer selber das Exponat. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass die "Kinderwerft" zentraler Teil des pädagogischen Gesamtkonzeptes "Mensch-Natur-Technik-Region" ist, das wir im Mai 2002 (Ausgabe 179) ausführlich vorgestellt haben.

Warum das Stück nicht schon längst im Küstenmuseum steht, ist eine lange Geschichte voller Frust und Ärger, die hier jetzt nicht in epischer Breite erzählt werden soll. Im Ergebnis fühlt sich der Arbeitskreis, so vermittelt uns dessen Sprecher Hartmut Büsing, von vielen ehemaligen Unterstützern im Stich gelassen. Es gab schriftliche Vereinbarungen, an die sich die Betreiber des Küstenmuseums später nicht mehr gebunden fühlten. Auch der DGB konnte das juristisch nicht durchsetzen. Manfred Klöpper, damals Gewerkschaftssekretär in Wilhelmshaven, ist bis heute begeistert und überzeugt von dem Projekt und dem Gesamtkonzept. "Wir wollten immer ein Werft- und Marinemuseum, als Ort, wo Geschichte diskutiert werden kann." Das Marinemuseum am Südstrand ist ein reines Offiziers- und Militärmuseum. Vermutlich fürchtet die Lobby des Marinemuseums ernsthafte Konkurrenz, wenn im Küstenmuseum der andere, fehlende Teil der Werft- und Marinegeschichte aufgegriffen wird. Anders lässt sich kaum erklären, warum sich die Spitzen von Rat und Verwaltung vom Arbeitskreis abgewandt haben. "Früher bezeichnete OB Menzel Hartmut Büsing als 'historisches Gewissen der Stadt'", erinnert sich Klöpper. Heute erhält Büsing seine Post an den OB ungeöffnet zurück.

Zwischenzeitlich hat der Arbeitskreis sein Modell auch anderen Museen angeboten, auch außerhalb Wilhelmshavens. Mehrere Verantwortliche in Folge zeigten großes Interesse – deshalb die erwähnten Umbauten – und haben es am Ende doch nicht genommen. In ihrer Darstellung des Projekts rechnen die vier Männer dem Leser sogar schon den Schrottwert vor.

Nun scheint es endlich doch etwas zu werden. Nach dem Gespräch mit Hartmut Büsing sprach der Gegenwind mit Raymon Kiesbye, seit einem Vierteljahr Chef der WTF. Kiesbye findet, dass die Arbeit gut in das Küstenmuseum passt. In dieser Woche tagt der Aufsichtsrat, da will er u.a. dieses Thema besprechen. Gegenwärtig gibt es allerdings im Küstenmuseum ein Platzproblem. Doch nach einer Verlegung des Eingangs (der sowieso ungünstig platziert ist) und der Räumung des Magazins könnte das Hafenmodell samt Werft Aufnahme im Küstenmuseum finden. Was lange währt... ❑

KULTUR - KOMMUNIKATION
HOTEL KLING KLANG
WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH
Frühstücken
Partys - Konzerte
www.kling-klang-whv.de

Mütter Zentrum
Werftstr. 45
Tel. 506 106

Sommerfest auf dem Banter Markt

Am Samstag, den 28. Juni von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Programmpunkte:

14.00 Uhr: Internationaler Chor Wilhelmshaven

14.30 Uhr: Amerikanische Versteigerung

15.00 Uhr: Zaubertheater für Kinder

16.00 Uhr: Secondhand-Modenschau

17.00 Uhr: Amerikanische Versteigerung

Kindermitmachaktionen finden den ganzen Nachmittag statt!

Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

Wir freuen uns auf ihren Besuch

Öffnungszeiten
Café MüZe:
Montag - Freitag
9.30 - 12.30 Uhr
Mittwoch auch
15.00 - 18.00 Uhr

Ratssplitter

vom 21. Mai 2008
verarztet von Imke Zwoch

Die Zuschauertribüne war gerammelt voll, ging es doch um SPD-Querelen und eine Bürgermeisterwahl, aber auch Jahrhundertprojekte von Hafenbau und Industrieansiedlung. Letztere haben wir zu einem dicken Ratsbrocken zusammengefasst, der manchem im Halse stecken bleiben wird.

Teures Wasser

müssen die 50 Wilhelmshavener Landwirte von der GEW beziehen. Nach zweimaligen Wasserpreiserhöhungen in den letzten 16 Monaten zahlen sie jetzt 75% mehr als ihre Kollegen in den Nachbargemeinden, die ihr Wasser vom OOWV bekommen. Hohe Preise sind zwar ein Anreiz, bewusst mit dem kostbaren Nass umzugehen, und bei den 130 l Trinkwasser, die in Deutschland pro Kopf täglich durch Dusche, WC, Spüle etc. fließen, ließe sich noch einiges sparen. Doch landwirtschaftliche Betriebe vor allem mit Viehhaltung haben naturgemäß einen Mindestverbrauch. Bildlich gesprochen: Kühe sollten zumindest soviel saufen dürfen, wie unten an Milch wieder rauskommt. Während die Bauern derzeit um faire Milchpreise kämpfen, holt sich die GEW ihren Monopolpreis – ein Anbieterwechsel ist im Unterschied zur Stromversorgung (noch) nicht möglich. So zahlt der durchschnittliche Viehbetrieb hier jährlich fast 2000 Euro mehr als der Nachbar beim OOWV. Das kann, so Ratsherr und Landwirt Heinz Weerda, den Verlust eines Monatseinkommens bedeuten.
Deshalb brachte die BASU den Antrag ein, für Landwirte den Wasserbezugspreis dem des OOWV anzupassen. Zudem solle die GEW schnellstmöglich zum günstigsten Anbieter für Trinkwasser wechseln. Ratsherr Neumann hielt dem entgegen, wenn man alle Betroffenen – zum Beispiel auch Empfänger von Sozialleistungen – aus dem Preissystem herausnähme, würde eine Haushaltslücke von 3 Mio Euro entstehen. Auch weitere GEW-Aufsichtsräte wie Günter Reuter (CDU) und Michael von Teichman (FDP) hielten am bestehenden System fest, weil defizitäre Aufgaben wie Schwimmbäder oder Busverkehr aus den GEW-Überschüssen gegenfinanziert werden. Der BASU-Antrag wurde an den GEW-Aufsichtsrat verwiesen.

Heiße Luft

blieben die Bestrebungen kritischer SPD-Mitglieder, für die Wahl zum 2. Bürgermeister eine/n Gegenkandidat/in ins Rennen zu schicken. Die Wahl war fällig, seit Werner Biehl (Grüne) sein Bürgermeisteramt aus Protest gegen die Kohlekraftwerks-Politik der Stadt niedergelegt hatte.
Seit Wochen kriselt es bei den Sozialdemokraten: Ein Teil der Ratsfraktion, einige Ortsvereine wie auch die Jusos fordern eine Ablösung bzw. Verjüngung der altgedienten SPD-Spitze. Die klebt jedoch beratungs- und diskussionsresistent an ihren Positionen, was sie mit dem angestrebten Bürgermeisterposten für Wilfrid Adam noch zementierte. Die SPD-interne Opposition wollte mit Barbara Ober-Bloibaum dagegenhalten. Die BASU schlug Joachim Tjaden als weiteren Kandidaten vor. Doch beiden fehlt eine wichtige Voraussetzung: Nur stimmberechtigte Mitglieder des Verwaltungsausschusses (VA), sogenannte Beigeordnete, können Bürgermeister/in werden. Eigentlich war das Ober-Bloibaum und Tjaden und ihren Unterstützern auch klar, sie sind ja nicht blöd – fehlte da die Zeit, die Kraft, der Mut, das entsprechend vorzubereiten? Für Ober-Bloibaum hätte ein anderes SPD-Mitglied den Sitz im VA räumen müssen; Tjaden hatte seinen VA-Sitz bei der Neuverteilung kampflos Werner Biehl überlassen und dafür den Vorsitz im Umweltausschuss übernommen. Hätten Biehl und Tjaden also tauschen müssen – aber was gehen sie die SPD-Querelen an?
Karl-Heinz Föhlinger beantragte, die Wahl zu vertagen, weil die Kandidatenkür innerhalb der SPD nicht demokratisch abgelaufen sei. Unterstützer im Zuschauerraum applaudierten, 11 Ratsmitglieder stimmten zu. Neumann entgegnete, es sei "nach Recht und Gesetz" zugegangen. So ging Adam konkurrenzlos in den ersten Wahlgang – mit peinlich knappem Ergebnis: In geheimer Wahl stimmten nur 23 Ratsleute für ihn, 18 dagegen, ein Mitglied enthielt sich. Um eine Stimme blieb ihm also ein zweiter Wahlgang erspart, in dem er auch ohne absolute Mehrheit den ersehnten Posten erhalten hätte. Adam hielt dann eine rührselige Antrittsrede, in der er sein jahrzehntelanges Engagement für die Stadt lobte und sich über die in den letzten Wochen erlebten Anfeindungen beklagte, ehe er seinen angestammten Platz an Neumanns Seite gegen den an der Stirnseite des Saals tauschte.
Im Vorfeld hatte die Gruppe BASU/Tholen angezweifelt, ob Adam als Geschäftsführer der Hafenbetriebsgesellschaft überhaupt Bürgermeister werden kann. Diese Frage stellte sich umgekehrt allerdings schon vor 5 Jahren, als Ratsmitglied Adam nach seiner Abwahl aus dem Landtag den Geschäftsführerposten bekam. Ein Mitarbeiter der Stadt darf nämlich – mit wenigen Ausnahmen - nicht gleichzeitig Ratsmitglied sein. So argumentierte das Rechtsamt damals wie heute: Da die Stadt nicht die Mehrheit der Anteile bzw. Stimmrechte in der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft hält (zu der wiederum die Hafenbetriebsgesellschaft gehört), sei Adam nicht als Mitarbeiter der Stadt anzusehen.
So ging alles seinen maritim-sozialistischen Gang. Zurück blieb eine junge, frische Frau Ober-Bloibaum, die der Stadt als Repräsentantin gut zu Gesicht gestanden hätte.

Ungebetene Gäste

mischten sich unter die zahlreichen BürgerInnen im Zuschauerraum. Gemeint sind nicht die e.on-Mitarbeiter, die höflich die Abstimmung zur Kohlekraftwerksplanung verfolgten, sondern der bei der hiesigen Kripo angesiedelte Staatsschutz. Ratsmitglied Johann Janssen wollte wissen, wer den eingeladen hatte. Darauf erhielt er keine Antwort, aber später war zu vernehmen, dass Herr Haas sich selbst eingeladen bzw. telefonisch angekündigt hatte. Ratsvorsitzender Schmidt wiegelte ab: "Jeder hat das Recht, an einer öffentlichen Sitzung teilzunehmen." Damit ließ er jegliches Einfühlungsvermögen fehlen: Es war nicht immer selbstverständlich, dass die Ratssitzungen regelmäßig von vielen interessierten BürgerInnen verfolgt werden. Dazu trägt sicher auch die Einwohnerfragestunde bei, die erst nach einigen Pirouetten eingeführt wurde und den WählerInnen das Gefühl gibt, gehört und ernst genommen zu werden; dass sie das Recht haben, dabei zu sein und sich einzubringen. Dieser zarte Keim politischen Interesses und gelebter Demokratie wird durch die Anwesenheit des Staatsschutzes zerstört wie mit einem Holzhammer. Den zückte Haas denn auch, als ein Zuschauer sich zu einem Thema etwas echauffierte. Das kommt schon mal vor, und Schmidt kriegt das mit einem Ordnungsruf gut selbst in den Griff. Doch Haas fühlte sich gleich berufen, aufzuspringen und den Mann am Arm zu packen, woraufhin der sich den Dienstausweis zeigen ließ. Spätestens da war allen klar, dass der Staatsschutz nicht privat, sondern beruflich vor Ort war. Für Werner Biehl "fehlender Respekt gegenüber Andersdenkenden". Genau das: Üblicherweise kommt der Staatsschutz zu Veranstaltungen, auf denen er Feinde des Rechtsstaates und der demokratischen Grundordnung vermutet, zum Beispiel Kundgebungen der Nazis. Mit denen fühlen sich Leute, die aus Interesse an Wasserpreisen, Kraftwerksplanungen oder allgemein an der Ratspolitik der Sitzung zuschauen, nun in einen Sack gesteckt.
Deshalb sollten Rat und Verwaltung, sofern ihnen ein offener, zugewandter Umgang mit BürgerInnen ein Anliegen ist, den Staatsschutz zukünftig wieder nach Hause schicken.

Ideologische Einfalt

zeigte der Rat im Umgang mit einem Antrag der FDP, die eine "kommunale Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt" (Biodiversi-

Jonathan Naturkost

Gewürz-Traum-Reisen

mit den Bio-Feinschmecker-Gewürzmischungen von Herbaria:
Wilde Hilde * Gärten von Siam * Neptuns Traum * Duft der Macchia * Kürbiskönig
Himmel auf Erden * Große Karawane * Ruf der Oase * Buddhas Bauch

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

tät) auf den Weg bringen möchte. Fachlich fundiert und zeitlich passend zur Internationalen Biodiversitätskonferenz in Bonn trug Ratsherr von Teichman das Anliegen vor. Zugehört hatten sowieso die wenigsten, vor allem wollte man aber wohl der FDP keinen Punktsieg gönnen: Die Mehrheit verwies den Antrag zurück an den Umweltausschuss. Der muss sich natürlich inhaltlich damit beschäftigen, aber ein entsprechender Ratsbeschluss hätte klaren symbolischen Charakter gehabt.
Andersrum war die Ablehnung aber auch konsequent: Mit einem Beschluss zugunsten biologischer Vielfalt hätte man gleich die wesentlichen folgenden Tagesordnungspunkte wie JadeWeserPort und Kohlekraftwerke streichen müssen. Wenn diese und weitere Großvorhaben in der Stadt umgesetzt sind – die auch die FDP unterstützt -, gibt es kaum noch eine biologische Vielfalt, die man erhalten müsste.

Jetzt kommt's dicke

Nachdem die biologische Vielfalt abgehakt war, schritt man fröhlich zu den Beschlüssen für die Terminalfläche des JadeWeserPorts und die Baufläche für zwei weitere Kohlekraftwerke im Rüstersieler Groden. Das Handaufheben war Nebensache, im Mittelpunkt stand die Selbstbeweihräucherung. Den Anfang machte Stadtbaurat Kottek - recht befremdlich, dass ein Verwaltungsmitarbeiter im Rat eine politische Rede hielt: "Diese Stadt schreibt heute Geschichte ... die Jahrhundertvorhaben erfüllen uns mit Stolz und Freude ... zwei weitere Kohlekraftwerke werden planungsrechtlich auf den Weg gebracht ... das ist in Deutschland heutzutage einmalig". Fürwahr. Getoppt wird all das "durch die Nähe zum FFH-Gebiet Voslapper Groden". Häh? Nun wandte sich Kottek an die Ratsmitglieder: "Unzählige Gutachten haben Sie lesen und beraten müssen." Vermutlich ist Joachim Tjaden der Einzige, der sie alle gelesen hat – nicht zuletzt, um als Mitglied verschiedener Umweltverbände fundierte Stellungnahmen dazu abzufassen. Aber mit einem fröhlichen Ratsquiz über UVU und SAP können wir Kotteks optimistische Annahme ja gern mal überprüfen. Für diese und vorangegangene Diskussionen im Rat war die Lektüre aller Unterlagen indes unnötig, denn die Argumente der Befürworter beschränken sich auf "Arbeitsplätze" und "Steuereinnahmen". Diese Begriffe findet man schon im Einleitungskapitel zu den Gutachten, aber auch in der "BILD"-Zeitung oder im Duden.
"Schaut auf diese Stadt!", fuhr der Baurat fort. Er räumte ein, sie würde lauter werden, aber auch lebendiger und fröhlicher, man würde zukünftig mehr Falten in den Gesichtern sehen, Lachfalten nämlich. Wie geistreich. An die Presse gewandt betonte er die "enge Zusammenarbeit mit der Regierungsvertretung in Oldenburg". Das kann man wohl sagen. So mancher war erstaunt, dass die im April vom Rat beschlossene Änderung des Flächennutzungsplans für die ersten zwei Kraftwerke keine zwei Tage später von dort abgesegnet war. Das kann sonst Wochen dauern, aber da für den darauffolgenden Montag die Firma zur Rodung des größten Wilhelmshavener Waldgebietes schon bestellt war, hatte die Stadt wohl ziemlich Druck gemacht. Dass Kottek und seine Leute diverse Megaplanungen in Rekordzeit durchgezogen haben, muss man ihnen lassen. BürgerInnen, die privat oder als ehrenamtliche Vertreter von Verbänden von den Planungen betroffen sind und sich fristgerecht dazu äußern mussten, können ein Lied davon singen, dass das kaum zu schaffen war – aber das war seitens der Stadt wohl auch so gewollt.
"Welche Geschichte schreibt die Stadt?", fragte Tjaden zweifelnd. So war versprochen worden, dass "1500 Arbeiter die Hotels beleben würden" – nun wird neben der Hafenbaustelle eine Containersiedlung errichtet.
Neumann hingegen sieht endlich Wilhelmshavens "Anschluss an die Weltwirtschaft" (und sich selbst vielleicht schon auf dem nächsten G8-Gipfel). Seine Kinder und Enkel müssten die Stadt nun nicht mehr verlassen. Ein Arbeitsplatz scheint ihnen also sicher zu sein. Für Schmidt liegt "die maritime Zukunft in Wilhelmshaven, nicht in Hamburg". Hört, hört. Zumindest räumte er als einziger Befürworter ein, die Bedenken der Gegner seien zum Teil berechtigt. Menzel hingegen hackte, kaum überraschend, erneut auf den Kritikern des Containerterminals herum. Witzigerweise stand deren Symbol - die überdimensionale Faust des Meeresgottes Neptun mit einem auf dem Dreizack aufgespießten Container - bis zum Schluss, von Baggern sorgfältig umfahren, am Geniusstrand. Menzel will die Skulptur als "Symbol für nutzlosen, unsinnigen Widerstand" kennzeichnen. Diese seine schlechten Umgangsformen gegenüber Andersdenkenden stoßen mittlerweile sogar Befürwortern des Hafenprojektes unangenehm auf.

..und noch dicker ...

Jedenfalls ist der Hafengroden noch gar nicht aufgespült, geschweige denn bebaut, da träumt der OB schon von der Bebauung des dahinter liegenden Vogelschutzgebietes Voslapper Groden, um die Flächen "für das zu nutzen, wofür sie vor 40, 50 Jahren aufgespült wurden". Anfang der 70er Jahre, um genau zu sein, und davor war dort nicht nichts, sondern zuvor hatte Mutter Natur das Gebiet über Jahrhunderte zu Watt- und Salzwiesenflächen geformt. Die boten nicht nur Tier- und Pflanzenarten Lebensraum, sondern erfreuten auch Erholung suchende Menschen. Doch "mit weißer Industrie verdienen Sie kein Geld", wusste Professor Reuter (CDU). Tja, man fragt sich wirklich, wie die umliegenden Insel- und Küstengemeinden von den jährlich 3 Mio Gästen mit 30 Mio Übernachtungen leben können. Völlig unverständlich, warum die Gemeinschaft der Ostfriesischen Inseln unlängst eine Petition (*Resolution zur Erhaltung und Sicherung der Reinluftgebiete und zum Klimaschutz - Nein zu Neubauten von Kohlekraftwerken in Eemshaven/NL, Emden/D, Wilhelmshaven/D* vom 4. April 2008) an Landes- und Bundesgremien geschickt hat (u. a. an Bundesumwelt- und Außenministerium), einen Hilferuf gegen das Vorhaben, Wilhelmshaven zu einem der weltweit größten Kohlekraftwerkstandorte auszubauen. Was treibt die Insulaner nur um, die Wilhelmshavener Gigantomanie derart zu torpedieren? Sie könnten doch viel besser von was anderem leben. Äh, vom Fischfang vielleicht? Oder als Walfänger? Oder Robbenjäger? Als Schmuggler und Piraten? Vielleicht hat Reuter einen Vorschlag? Wo die weiße Industrie doch nichts einbringt?
Andernorts, in Emden, in Nordenham, in Mainz oder im saarländischen Ensdorf – einem traditionellen Kohlerevier – wurden die Kohlekraftwerksplanungen wieder zurückgezogen. Und zwar, so Bernhard Rech (CDU), "weil in Wilhelmshaven alles so ideal ist". Ideal für die Betreiber ist, dass der Widerstand aus der Bevölkerung bereits im hiesigen Rathaus torpediert wird, da müssen sich die Konzerne gar nicht anstrengen. Allerdings hat Rech übersehen, dass es sich an den verschiedenen Standorten um völlig unterschiedliche Betreiber handelt. Und dass andernorts, wie in Enzdorf, die rechtlichen Möglichkeiten wie ein Bürgerbegehren nicht beschnitten werden oder, wie in Emden, die Ablehnung vom Bürgermeister selbst getragen wird.
Die Kohleindustrie wird jedenfalls unserer Stadt noch mehr einbringen als einige Arbeitsplätze und Gewerbesteuern, mutmaßte Werner Biehl. Offiziell gäbe es in den Verträgen mit den Kraftwerksbetreibern "keine Nebenabsprachen", aber indirekt sei unter anderem davon die Rede, die Südzentrale als Verwaltungsgebäude zu reaktivieren. Wäre ja ganz putzig, das ehemalige dezentrale Kohlekraftwerk auf diese Art zu erhalten. Aber warten wir erst mal ab, bis die Gerüchteküche sich ausgebrodelt hat.
Kottek wies auf eine ergänzende Tischvorlage hin, wonach der Bebauungsplan für die Kraftwerksfläche erst in Kraft tritt, wenn die Kompensation (Ausgleich/Ersatz für den Eingriff in die Natur – red.) vertraglich geregelt sei. Hier sei angemerkt, dass für die Wilhelmshavener Großvorhaben fast nur noch außerhalb des Stadtgebietes kompensiert wird. In der rechnerischen Bilanz mag die Naturfläche damit gleich bleiben – innerhalb der Stadt wird es jedoch in absehbarer Zeit keine Naturflächen mehr geben, die ausreichend groß und miteinander vernetzt sind. Adieu, biologische Vielfalt.
Ratsherr Janssen (LAW) bedauerte, dass die meisten Ratsmitglieder nicht die Chance genutzt hatten, sich auf verschiedenen Vortragsveranstaltungen auch von Fachleuten informieren zu lassen, die der Nutzung von Energie aus Kohlekraftwerken kritisch gegenüberstehen. Neumann erklärte, die Informationen vom Bundesverband der Elektrowirtschaft seien ausreichend. Sehr aufschlussreich.
Abschließend hielt Janssen ein letztes Plädoyer gegen die Naturzerstörung, das er in einen Dialog zwischen unserer und späteren Generationen einbettete. Erwartungsgemäß hörte kaum jemand hin. Schade drum, meinen wir – zum Abdruck fehlte uns zwar der Platz, aber auf unserer Internetseite finden Sie den vollständigen Text.
LAW, BASU und Grüne stimmten gegen die Kohlekraftwerksplanung, Joachim Tjaden und Johann Janssen auch gegen die Bauleitplanung zum Containerterminal. ❑

TRIANGEL
second-hand-shop
An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten,
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Der Neue

Wolfgang Burkert machte seinen Antrittsbesuch bei der Arbeitsloseninitiative

(noa) Seit Anfang Februar ist Wolfgang Burkert Geschäftsführer des Job-Centers Wilhelmshaven. Zwar war er schon einmal bei einer ALI-Versammlung gewesen, doch am 13. Mai kam er das erste Mal in dieser neuen Eigenschaft. Was wird er anders machen als sein Vorgänger?

Sein Ziel, so Burkert, ist es, die Arbeitslosigkeit so weit wie möglich zu senken. Und dazu dienen nicht die Arbeitsgelegenheiten (landläufig als 1 €-Jobs bekannt). Bis zum vergangenen Jahr gab es jährlich 650, in Spitzenzeiten sogar bis zu 800. Das sei zuviel für eine Stadt wie Wilhelmshaven, 500 sei angemessen. AGH kosten Geld, aber sie belasten den Haushalt des Job-Centers nicht allzu sehr. Eher sieht Burkert dabei die Gefahr, dass reguläre Arbeitsplätze verloren gehen. Schon aus Delmenhorst und Oldenburg, wo er vorher bei der Arbeits-Agentur gearbeitet hat, kennt Burkert die Tendenz öffentlicher Arbeitgeber, reguläre Stellen zu streichen, um die Arbeit dann als zusätzlich zu deklarieren und durch 1 €-Jobber erledigen zu lassen.

JWP: Bald geht's los

Statt für AGH will er das Geld lieber anders einsetzen, z.B. für die Förderung betrieblicher Weiterbildung. Auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt fehlen Fachkräfte, da gibt es bei Wilhelmshavener Erwerbslosen Qualifizierungsbedarf. Der JadeWeserPort z.B. werde, wenn er fertig ist, einige Hundert Stellen bieten, und um 360 Hafen-Logistiker für Eurogate parat zu haben, wenn es soweit ist, muss die drei- bis vierfache Anzahl an Arbeitslosen durch Maßnahmen geschleust werden.

An dieser Stelle regte sich der erste Widerspruch. An der JWP-Baustelle stehen Wohncontainer − wenn hier Arbeitplätze für Menschen aus Wilhelmshaven entstünden, dann wären die doch nicht notwendig; auf der "Rotterdam" arbeiten ausschließlich Polen; auch um die Baustelle Emsstraße herum stehen nur Autos mit auswärtigen Kennzeichen − läuft denn alles an Wilhelmshaven vorbei?

Die Firmen, die die Bauaufträge bekommen haben, bringen ihre eigenen Beschäftigten mit, und weder die Arbeits-Agentur noch das Job-Center haben darauf auch nur den geringsten Einfluss. Die Hafen-Logistiker aber werden bestimmt Leute aus Wilhelmshaven sein; ca. ein Dutzend sind schon in Bremerhaven, um sich auf diese Tätigkeit vorzubereiten.

Zwei-Klassen-Arbeitslosigkeit

Positiv entwickelt habe sich die Situation bei der Langzeitarbeitslosigkeit. Gab es in Wilhelmshaven im April 2006 noch 2833 Langzeitarbeitslose, so waren es im April 2008 nur noch 2257 − die Frage, wie viele der knapp 600, die nun nicht mehr erfasst sind, mittlerweile in Rente sind, lässt sich mit dem Zahlenmaterial, das Burkert vorliegt, nicht beantworten. Die Vorstellung der meisten regelmäßigen BesucherInnen der ALI-Versammlungen, Verrentung (also Altersarmut) sei die einzige Möglichkeit, aus dem Alg II-Bezug zu kommen, speist sich wohl hauptsächlich daraus, dass irgendwie niemand jemanden kennt, der nach jahrelanger Arbeitslosigkeit eine sozialversicherungspflichtige Stelle bekommen hat. So fragte eine Teilnehmerin, ob Menschen, die schon längere Zeit ohne Arbeit sind, bei der Arbeits-Agentur überhaupt bekannt sind und bei Stellenangeboten berücksichtigt werden. Das sei so, antwortete Herr Burkert; im Servicebüro für Arbeitgeber seien sowohl die Arbeits-Agentur als auch das Job-Center vertreten. Die Fragerin, eine examinierte Altenpflegerin, zog das in Zweifel − sie selber bekomme immer nur Jobs für kurze Zeit, und fünf Kolleginnen, mit denen sie persönlich bekannt sei, ebenso, während ihre Bewerbung einem Pflegeheim, das eine unbefristete Stelle anzubieten hatte, gar nicht erst vorgelegt wurde. Herr Burkert hielt das für ausgeschlossen und notierte sich den Namen der Kollegin, um der Sache nachzugehen. - Sollte die Diskriminierung Langzeitarbeitsloser etwa schon eine Etage höher angekommen sein, dergestalt, dass die Agentur für Arbeit dem Job-Center Stellen verschweigt?

Interessant am Rande: Bei der Hälfte der beim Arbeitgeberservice gemeldeten offenen Stellen handelt es sich übrigens um Jobs bei Leiharbeitsfirmen. Das liegt im Trend. Auf der Wirtschaftsseite der "WZ" vom 8. Mai wurde gemeldet, dass "Zeitarbeit boomt". "Seit 2004 habe sich die Zahl der Leiharbeiter mehr als verdoppelt."

Nun, wie auch immer: Im April sind 374 Erwerbslose in "richtige" Arbeit vermittelt worden, 195 davon aus vorherigem Alg II-Bezug, und im März waren es 159 − es muss also doch solche Glücklichen geben, die der Hartz IV-Situation entkommen. − Seit Mitte 2007 steigt die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse auch in Wilhelmshaven - Aufschwung auch hier?

Lohnsparmodelle

10,5 Millionen € hat das Job-Center für alle seine Maßnahmen zur Verfügung, und dazu die Zielvorgabe, den Anteil des Alg II zu senken und dafür den Anteil für die Integration in den Arbeitmarkt zu erhöhen. Speziell die Quote der ausländischen Arbeitslosen (derzeit 30 %) soll gesenkt werden. Und so bevorzugt das Job-Center Zuschussformen. Etwa ein Dutzend Fälle gibt es, in denen ein Entgelt für Arbeit gezahlt wird. Der Vorteil besteht darin, dass davon Versicherungsbeiträge entrichtet werden und der betreffende Mensch den Status eines Arbeitnehmers hat. (Das erinnert irgendwie an die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die durch Hartz IV weitgehend abgeschafft wurden.)

Eine weitere Zuschussform ist der Beschäftigungszuschuss. Den kann jeder Arbeitgeber in Anspruch nehmen. Bis zu 75 % der Lohnkosten werden dabei vom Job-Center getragen, vorausgesetzt, der Arbeitslose ist erheblich eingeschränkt.

Nun gibt es ja die Praktika, warf ein Teilnehmer ein. "Trainingsmaßnahmen" heißen die bei den Job-Centern. So spart ein Betrieb am meisten Geld: Er lässt sich einige Langzeitarbeitslose vom Job-Center kommen, um sie zu "trainieren". Er schickt sie mangels Eignung für die Arbeit wieder weg und bestellt neue. Wenn das Job-Center nicht mehr mitspielt, stellt er einige davon ein und lässt sich für ein paar Monate einen großzügigen Lohnkostenzuschuss geben. Wenn der ausgelaufen ist, entlässt er die Mitarbeiter und bestellt neue Praktikanten.

"So etwas können Firmen nur eine Zeitlang machen", versicherte Burkert. Er hat schon mit Firmen zu tun gehabt, die das so gehandhabt haben: "Trainingsmaßnahme", dann Lohnkostenzuschuss, dann Entlassung. Aber irgendwann einmal fällt das beim Job-Center auf.

Und AGH

Am Ende kam die Versammlung noch einmal auf das Thema zurück, das ganz am Anfang drangewesen war, auf die AGH: Ein ALI-Mitglied, das im Beirat des Job-Centers sitzt und daher ganz andere Einblicke hat als die anderen, äußerte den Verdacht, dass die Reduzierung der Arbeitsgelegenheiten nur scheinbar erfolgt ist. Es sind zwar weniger 1 €-Jobs, aber die meisten mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden, während es früher wohl mehr Stellen, aber je mit weniger Stunden gewesen seien. Werner Ahrens, der als Sozialberater viele Klagen begleitet und viele Urteile gelesen hat, wusste, dass der Umfang von 30 Stunden bei einer Arbeitsgelegenheit nach Auffassung der Sozialgerichte gar nicht zulässig ist − wenn man während eines 1 €-Jobs noch mit vollem Einsatz auf Arbeitssuche gehen soll, dann sind 30 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit zu viel. Ernst Taux schließlich wies darauf hin, dass jede Tätigkeit bei der Stadt per se gemeinnützig sei (dies ist eines der Kriterien, die an die Bewilligung einer AGH angelegt werden), und dass eine Stadt, die ein Image als Tourismusort hat oder haben will, die Sauberhaltung der Stadt auch nicht als "zusätzlich" (das zweite der an die AGH angelegten Kriterien) bezeichnen kann. Dass Scharen von Langzeitarbeitslosen für 1,50 € pro Stunde das städtische Unkraut zupfen, dürfte eigentlich nicht sein. Hartz IV macht's aber möglich. "Es ist eben ein Scheiß-Gesetz" − dieser Feststellung aus dem Publikum durfte Burkert als Geschäftsführer des Job-Centers natürlich nicht zustimmen, und er erklärte sein "Mhm" als verbales Schulterzucken. ❑

Abbitte

Seit Monaten tut der Gegenwind dem Job-Center Wilhelmshaven Unrecht

(noa) Im Artikel "Genervt" in der Ausgabe 235 haben wir dem Job-Center und insbesondere Herrn Wothe von der Widerspruchsstelle Unrecht getan. Er bearbeitet die Widersprüche von Hartz IV-Berechtigten, die nicht ihre tatsächlichen Kosten der Unterkunft bewilligt bekommen haben.

Vor Gericht obsiegen die betreffenden Menschen und bekommen ihre volle Miete – sofern sie einen bestimmten Wert (sh. dazu die Meldung "Neue Mietobergrenzen der Stadt Wilhelmshaven) nicht übersteigen – und ihre tatsächlichen Heizkosten zugesprochen. Doch immer wieder stellt das Job-Center Bescheide aus, die nicht gerichtsfest sind, so dass, wie im o.a. Artikel berichtet, die Richter beim Sozialgericht Oldenburg schon "genervt" reagieren.

Bei der ALI-Monatsversammlung am 13. Mai wurde der Geschäftsführer des Job-Centers, Wolfgang Burkert, mit dieser unnötigen und unnötig teueren Praxis seiner Behörde konfrontiert. Er erstaunte die Anwesenden mit der ruhigen Antwort, er wisse wohl, dass die Bescheide und die Widerspruchsbescheide bezüglich der Wohn- und Heizkosten einer gerichtlichen Überprüfung regelmäßig nicht standhalten, doch seine Behörde sei durch Vorgaben der Stadt Wilhelmshaven eben gehalten, so zu verfahren.

Die Stadt Wilhelmshaven und die Agentur für Arbeit bilden die ARGE (Arbeitsgemeinschaft), die das Job-Center betreibt. In dieser Partnerschaft ist die Stadt zuständig für die Kosten der Unterkunft einschließlich Heizkosten, die Arbeitsagentur für die Regelsätze und die Kosten von Maßnahmen aller Art. Beide Seiten steuern Personal bei.

Nun hat die Stadt Wilhelmshaven Mietobergrenzen für die Alg II-EmpfängerInnen festgelegt und hält an diesen Grenzen eisern fest. Wir haben bislang immer gemutmaßt, dass sie dafür auch die Gerichtskosten tragen muss. Dies trifft aber nicht zu. Die Gerichtskosten gehen zu Lasten des Job-Centers und werden aus dem Verwaltungshaushalt gezahlt.

40.000 € waren es im Jahr 2007. Das klingt nach wenig, doch immerhin entspricht es in etwa den Kosten für eine Sachbearbeiterstelle. Und wenn man nun noch bedenkt, wie viel Arbeitszeit es bindet, falsche Bescheide auszustellen, diese im Widerspruchsbescheid zu bestätigen, die Briefe der Klägeranwälte zu lesen, bei Gericht zu erscheinen und dort den falschen Bescheid zu verteidigen, anschließend das Alg II neu zu berechnen und einen neuen Bescheid auszustellen, dann kommt da doch ganz schön was zusammen!

Kommentar: Ich würde verrückt werden!

Herr Burkert blieb ganz ruhig und freundlich, als er die Frage nach den verlorenen Gerichtsverfahren in Sachen Kosten der Unterkunft und Heizung beantwortete. Aber man stelle sich das einmal vor: MitarbeiterInnen einer Behörde müssen immer und immer wieder Anträge bearbeiten und falsche Bescheide herausgeben, während sie ganz genau wissen, dass ihre Behörde zu höheren Zahlungen verurteilt werden wird, sofern die Antragsteller klagen. Sie wissen, dass diejenigen, die sich nicht trauen, Widerspruch einzulegen und Klage zu erheben, von ihrem Regelsatz einen Teil für die Miete abzweigen, also weniger als das Existenzminimum zum Leben behalten. Ich darf mir nicht vorstellen, beim Job-Center zu arbeiten und Tag für Tag und immer und/ immer wieder an diesem Unrecht mitzuwirken!

Anette Nowak

Neue Mietobergrenzen der Stadt Wilhelmshaven

Die Stadt Wilhelmshaven hat die Mietobergrenzen, die sie Hartz IV-Berechtigten zugesteht, zum 01.05.08 minimal nach oben verändert. Diese Grenzen sind immer noch weit von dem entfernt, was die Rechtsprechung denen, die um ihre volle Miete klagen, zuspricht. Hier sind die neuen Mietobergrenzen der Stadt Wilhelmshaven denen nach der Rechtsprechung durch das Sozialgericht Oldenburg wie auch durch das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen gegenübergestellt:

	Die Stadt zahlt	*Miete nach Rechtsprechung*	*Differenz*
1 Person	265,00 €	308,00 €	43,00 €
2 Personen	324,00 €	379,50 €	55,50 €
3 Personen	386,00 €	451,00 €	65,00 €
4 Personen	455,00 €	522,50 €	67,50 €
5 Personen	533,00 €	599,50 €	66,50 €
jede weitere	65,00 €	71,50 €	6,50 €

Die Zahlen in der Mitte entsprechen den Werten der rechten Spalte der Wohngeldtabelle plus 10 %. So viel darf die Wohnung einer Hartz IV-Bedarfsgemeinschaft kosten. Vermutlich liegen die tatsächlichen Mieten der meisten Alg II-EmpfängerInnen in Wilhelmshaven nicht so hoch; sehr viele jedoch auf jeden Fall höher als das, was die Stadt errechnet hat und was das Job-Center bewilligt.

Auch bezüglich der Heizkosten möchte die Stadt Wilhelmshaven an ihren ärmsten MitbürgerInnen sparen: Sie zahlt bei einer bis zwei Personen im Haushalt 65 €, bei drei und vier Personen 85 € und ab 5 Personen 105 €. Sozialgerichte sprechen den Berechtigten die tatsächlichen Heizkosten abzüglich einer kleinen Summe für die Bereitung von Warmwasser zu.

"Hierfür lohnt es sich zu kämpfen!", schreibt die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland und verweist auf einige Urteile des Sozialgerichts Oldenburg und des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen. (noa)

Ein Hellseher in Friesland

27.812.000 € wurden im Jahr 2007 in Wilhelmshaven für das Arbeitslosengeld II ausgezahlt. Dieses Geld kommt von der Bundesanstalt für Arbeit. Im Vergleich dazu nehmen sich die 10,5 Mio. € für "Maßnahmen" aller Art (Lohnkostenzuschüsse, Arbeitsgelegenheiten, Weiterbildungen) beinahe bescheiden aus.

Das Job-Center hat den Auftrag, diese Summe zu verringern. Wolfgang Burkert will das erreichen, indem er auf Zuschussformen und Weiterbildung setzt (sh. "Der Neue" in dieser Ausgabe).

Ein Wilhelmshavener ist bei seinen Recherchen auf eine andere Methode dafür gestoßen. Er fand eine Power-Point-Präsentation, die irgendwie ihren Weg aus der Trägerversammlung des Job-Centers Friesland herausgefunden hat. Sie stammt aus dem letzten Jahr und enthält auf Seite 12 die Ankündigung: "Das JC Friesland erhöht die Sanktionsquote spätestens ab Juni 2007 bis Oktober 2007 auf die Quote von 2,2 % für alle erwerbslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHB) und 3,1 % für arbeitslose eHB."

Der Autor der Präsentation muss hellseherisch begabt sein. Wie sonst könnte vorhergesehen haben, wie viele Sanktionen seine Behörde verhängen würde? Oder sollte es am Ende gar zutreffen, was Hartz IV-Betroffene behaupten, nämlich dass "die vom Job-Center" ihre KundInnen "reinlegen", z.B. ihnen vorgaukeln, das Unterschreiben einer Eingliederungsvereinbarung sei freiwillig, um ihnen dann eine 30%ige Sperre des Regelsatzes "reinzuwürgen"?

Herr Burkert, der das JC Wilhelmshaven leitet und vor einem Jahr noch nicht hier in der Gegend war, versicherte dem GEGENWIND, dass er dergleichen nicht vorhabe. (noa)

*
Reparaturen
aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault
Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service
Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de
Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Die Ärmsten schröpfen?

GEW verlangt "Barsicherheiten" ausgerechnet von Zahlungsunfähigen

(noa) Die Preise für Strom und Gas sind in den letzten Monaten kräftig gestiegen. Wer es geschafft hat, seine Ausgaben durch das Umsteigen auf billigere Lebensmittel oder durch den Verzicht auf ein Zeitungsabo zu reduzieren, behält trotzdem nichts übrig, weil der GEW-Abschlag erhöht wurde. Und nun trifft einen Teil der GEW-KundInnen noch eine weitere Erschwernis.

Eigentlich ist es nicht nur eine Erschwernis, sondern auch eine Diskriminierung, meinen Betroffene. Da bekam z.B. in jüngster Vergangenheit eine Wilhelmshavenerin Post von ihrem Energieversorgungsunternehmen. Sie wurde aufgefordert, 100 € als Sicherheitsleistung zu zahlen. Die Frau hat eine Privatinsolvenz. Sie ist seit Jahren GEW-Abnehmerin und hatte noch nie Probleme mit dem Bezahlen ihrer monatlichen Abschläge – von ihrem Insolvenzverfahren sind andere Gläubiger betroffen. Mit viel Mühe hat sie sich finanziell so eingerichtet, dass sie über die Runden kommt und ihre fixen Kosten – u.a. die GEW-Rate - immer sicher bezahlen kann. Und nun soll sie von jetzt auf gleich 100 € extra aufbringen. Wovon?

Ähnlich geht es einem GEW-Kunden, der vor Jahren insolvent wurde. Er hat das ganze Verfahren schon hinter sich, die "Wohlverhaltensphase" überstanden, alles richtig gemacht, wie es das Insolvenzgesetz fordert. (Der Zweck dieses Gesetzes besteht darin, dass man danach wieder unbelastet von vorn beginnen kann.) Er ist jüngst in eine eigene Wohnung gezogen und hat sich zwecks Bezug von Strom und Gas bei der GEW angemeldet. Und nun soll er – als Grundsicherungsempfänger – eine Sicherheitszahlung von über 100 € leisten. Von seiner Insolvenz damals war auch die GEW betroffen gewesen. Doch so ist das mit dem Insolvenzgesetz – die Gläubiger bekommen ihre Forderungen nicht komplett befriedigt, sondern nur anteilig. Das ist in manchem Fall gewiss schmerzlich, aber andererseits soll das Gesetz ja sicherstellen, dass ein einmal verschuldeter Mensch wieder finanziell auf die Beine kommt. Und wenn der besagte Herr nun nach mehrjähriger Pause wieder Strom und Gas beziehen will, muss er behandelt werden wie jeder andere Mensch – die Schulden von damals sind erledigt. Dachte er jedenfalls.

Die Forderung nach einer Sicherheitsleistung wurde in diesen beiden Fällen (wie auch in anderen, die uns bekannt wurden) mit dem (laufenden oder abgeschlossenen) Insolvenzverfahren begründet. Im erstgenannten Fall konnte es auch gar keine andere Begründung geben, da die Kundin wie erwähnt mit ihren Zahlungen an die GEW niemals säumig war.

Ratenzahlung

Diese Dame erlebte mit der GEW in diesem Zusammenhang noch mehr Befremdliches: Nach Erhalt der Zahlungsaufforderung erfuhr sie von ihrer Treuhänderin, dass die GEW ein Recht auf eine solche Sicherheitsleistung habe, sie also zahlen müsse (dazu weiter unten). Also rechnete und rechnete sie und kam zu dem Schluss, dass sie unter äußerster Anstrengung zwei Raten à 50 € anbieten könnte. Die GEW war damit einverstanden. Nach Zahlung der ersten 50 € stellte die Dame aber fest, dass sie den Restbetrag nicht auf einmal aufbringen konnte, ging persönlich hin und bot zweimal 25 € an. Und wurde äußerst streng darauf hingewiesen, dass es so nicht gehe – die fehlenden 50 € seien auf einmal zu entrichten.

Leider riskierte diese GEW-Kundin es nicht, "aufzumucken". Leider riskiert das kaum jemand, der in Zahlungsschwierigkeiten ist. Hier wäre es schon spannend gewesen, auszuprobieren, was dann passiert wäre. Hätte man ihr Strom und Gas abgestellt? Während sie ihre monatlichen Abschläge treu und brav bezahlt und immer bezahlt hat? Mit welcher Begründung dann wohl?

Die genaue Lektüre dieser beiden Paragrafen wirft Fragen auf: Auf welchen der beiden Paragrafen beruft sich die GEW eigentlich? Die betreffenden Menschen sind nicht um eine Vorauszahlung, sondern gleich um eine Sicherheitsleistung "gebeten" worden. Und: Leisten nicht alle GEW-Kunden sowieso Vorauszahlungen? Man zahlt doch Anfang des Monats seine Abschläge. Ja, und: Woher weiß die GEW von der Insolvenz ihrer Kunden?

Ein dritter Fall, der uns zu Ohren gekommen ist, beantwortet diese Fragen teilweise. Und er enthält einige pikante Details.

Anfang dieses Jahren kam der Gasuhrenableser außer der Reihe zu Frau S. (der vollständige Name ist der Redaktion bekannt). Einige Tage später bekam sie zwei Briefe von der GEW. In einem wurde sie als "Neukundin" begrüßt, im anderen "aufgrund der Neuanmeldung" aufgefordert, eine Barsicherheit zu zahlen. Frau S. wies in ihrer Antwort darauf hin, dass sie schon seit Jahren GEW-Kundin ist und offenbar dort ein Fehler passiert sei, dass sie die beiden Briefe also ignorieren werde.

Postwendend kam ein weiteres Schreiben: Ein neues Vertragsverhältnis sei durch die Verbraucherinsolvenz von Frau S. entstanden; das Amtsgericht habe dem Energieversorger mitgeteilt, dass die Insolvenz eröffnet worden sei. Und laut Gesetz sei die GEW "verpflichtet, aktuelle Forderungen dem Amts-

Aus der "Verordnung zum Erlass von Regelungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung im Energiebereich" vom 26. Oktober 1006, veröffentlicht im Bundesgesetzblatt Jahrgang 2006 Teil I Nr. 50, ausgegeben zu Bonn am 7. November 2006:

§ 14 Vorauszahlungen

(1) 1. Der Grundversorger ist berechtigt, für den Gasverbrauch eines Abrechnungszeitraums Vorauszahlung zu verlangen, wenn nach den Umständen des Einzelfalles Grund zu der Annahme besteht, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt. 2. Bei Verlangen einer Vorauszahlung ist der Kunde hierüber ausdrücklich und in verständlicher Form zu unterrichten. 3. Hierbei sind mindestens der Beginn, die Höhe und die Gründe der Vorauszahlung sowie die Voraussetzungen für ihren Wegfall anzugeben.

(2) 1. Die Vorauszahlung bemisst sich nach dem Verbrauch des vorhergehenden Abrechnungszeitraums oder dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kunden. 2. Macht der Kunde glaubhaft, dass sein Verbrauch erheblich geringer ist, so ist dies angemessen zu berücksichtigen. 3. Erstreckt sich der Abrechnungszeitraum über mehrere Monate und erhebt der Grundversorger Abschlagszahlungen, so kann er die Vorauszahlung nur in ebenso vielen Teilbeträgen verlangen. 4. Die Vorauszahlung ist bei der nächsten Rechnungserteilung zu verrechnen.

(3) Statt eine Vorauszahlung zu verlangen, kann der Grundversorger beim Kunden einen Bargeld- oder Chipkartenzähler oder sonstige vergleichbare Vorkassensysteme einrichten.

§ 15 Sicherheitsleistung

(1) Ist der Kunde zur Vorauszahlung nach § 14 nicht bereit oder nicht in der Lage, kann der Grundversorger in angemessener Höhe Sicherheit verlangen.

(2) Barsicherheiten werden zum jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verzinst.

(3) 1. Ist der Kunde in Verzug und kommt er nach erneuter Zahlungsaufforderung nicht unverzüglich seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Grundversorgungsverhältnis nach, so kann der Grundversorger die Sicherheit verwerten. 2. Hierauf ist in der Zahlungsaufforderung hinzuweisen. 3. Kursverluste beim Verkauf von Wertpapieren gehen zu Lasten des Kunden.

(4) Die Sicherheit ist unverzüglich zurückzugeben, wenn keine Vorauszahlung mehr verlangt werden kann.

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

gericht bzw. Ihrem Insolvenzverwalter (...) mitzuteilen. Demzufolge haben wir Ihren Verbrauch bis zum (...) abgerechnet."

Aha. Deshalb also war der Ableser zur unüblichen Zeit dagewesen.

Und noch einmal aha: Logisch, im Lauf eines Jahres leistet man mal Vorauszahlungen (nämlich im Sommer, wenn man weniger Gas verbrennt als bezahlt), mal hat man Schulden (im Winter, wenn man mehr Gas verbrennt als bezahlt).

Aber wenn man noch nie Probleme mit den GEW-Abschlägen hatte – warum macht das Unternehmen dann Geschichten? Und wie kommt das Amtsgericht dazu, dem Energieversorger Mitteilung über eine Insolvenz zu machen, wenn dieser im Insolvenzantrag gar nicht als Gläubiger genannt wird?

Und noch etwas Pikantes: Das Schreiben der GEW enthält den seltsamen Satz: "Zu der geforderten Sicherheitsleistung ist zu bemerken, dass wir gemäß § 14 der Grundversorgungsverordnung (GVV) (...) berechtigt sind, für das neue Vertragsverhältnis eine Vorauszahlung zu verlangen." Ja, so steht es in § 14. Aber warum fordert GEW dann eine Sicherheitsleistung, wie sie in § 15 vorgesehen ist für den Fall, dass der Kunde sich weigert, die Vorauszahlung nach § 14 zu entrichten? Und wo steht, dass ein Energieversorger einfach ein neues Vertragsverhältnis postulieren kann? Müsste er dann nicht erst einmal das alte Vertragsverhältnis kündigen? Und mit welcher Begründung könnte er das tun, solange ein Mensch seine Abschläge immer pünktlich und zuverlässig bezahlt?

Frau S. bat jedenfalls darum, die Abrechnung, die die GEW erstellt hatte, auch zu bekommen und fragte nach dem Erhalt freundlich nach, ob sie den zu diesem Zeitpunkt geschuldeten Betrag mit in die Insolvenz einrechnen solle "oder ob alles so bleiben soll wie bisher". Danach hat sie keine Post mehr bekommen.

Zahlreiche GEW-Abnehmer, die sich in der Bürgerinitiative gegen zu hohe Energiepreise zusammengeschlossen haben, zahlen die Gaspreiserhöhung nicht. Müssen jetzt ausgerechnet die, die mit ihrem Insolvenzantrag deutlich gemacht haben, dass sie zahlungsunfähig sind, für die Ausfälle bei der GEW aufkommen? ❑

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **5,00 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **5,12 %**

Zins p.a.: **5,15 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **5,27 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage
Ihr Ansprechpartner:
VPV-Geschäftsstelle * Tel.: 04421/774543

VPV
VERSICHERUNGSGRUPPE

Richtigstellung:

Doch entehrt

In der letzten Ausgabe widmeten wir uns der Tatsache, dass Hitler in der Zeit des Dritten Reiches von zahlreichen Kommunen – darunter auch Wilhelmshaven - zum Ehrenbürger ernannt wurde und dieser Status vielerorts formal noch besteht. Bei der Recherche hatte die Autorin keinen Hinweis darauf gefunden, dass in Wilhelmshaven diese Ehrenbürgerschaft zwischenzeitlich aufgehoben worden wäre. Informationsgrundlage waren diverse lokalgeschichtliche Bücher sowie Gespräche mit verschiedenen politisch bzw. historisch interessierten und in der Regel gut informierten Personen.

Tatsächlich aber hat der Rat der Stadt Wilhelmshaven mit einstimmigem Beschluss vom 15. Februar 1984 in öffentlicher Sitzung die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Hitler "wegen verbrecherischen Verhaltens und damit wegen Unwürdigkeit" für unwirksam erklärt. Darauf wies uns nach Veröffentlichung des Artikels der städtische Pressesprecher Arnold Preuß hin und ergänzte historische Details: "Der Ehrenbürgerbrief ist erstmals am 18. Dezember 1933 im Rumpf des Modells des Kreuzers Köln an Hitler übergeben worden. Der Beschluss des Magistrates dazu wurde am 11. April 1933 gefasst. Eine formelle Danksagung durch Hitler zog sich mehrere Monate hin, am 22. November 1934 gab der damalige Oberbürgermeister Renken eine Notiz an die Presse, in der die Danksagung vermeldet wurde. Mit Datum vom 29. Juni 1937 verlieh die vereinigte Stadt Wilhelmshaven Hitler erneut das Ehrenbürgerrecht. Überreicht wurde die Urkunde in einer Kassette beim Besuch Hitlers in Wilhelmshaven am 1. April 1939." Es gab also gleich eine doppelte Ehrenbürgerschaft; der vorgenannte Ratsbeschluss zur Aberkennung bezieht sich auf beide Verleihungen.

Hatte denn der Gegenwind – vor der Zeit der jetzigen Redaktion - nicht darüber berichtet? Ohne zeitlichen Anhaltspunkt gestaltete sich die Suche in alten, nicht digitalisierten Ausgaben schwierig. Erst anhand der von Preuß genannten Jahreszahl 1984 wurden wir fündig in der Nr. 47 vom August 1983: Der damalige SPD-Ehrenvorsitzende Cramer hatte angeregt, Hitlers Ehrenbürgerwürde "demonstrativ zu streichen". Während sich Grüne, Liberale und auch der damalige OB Hans Janssen Cramers Argumentation anschlossen, hielt Oberstadtdirektor Gerhard Eickmeier formaljuristisch dagegen: Durch die Verbrechen Hitlers seien "alle Ehren und bürgerlichen Rechte automatisch erloschen". Und: "Wir haben die entsprechende Seite aus dem Goldenen Buch der Stadt herausgerissen." Das grenzte ja schon an Geschichtsklitterung: Im Sinne einer Aufarbeitung wäre es sinnvoller gewesen, die Seite an Ort und Stelle zu belassen und durch entsprechende Hinweise bzw. den späteren Ratsbeschluss zu ergänzen.

Cramer zum Gegenwind:"Hitler war kein Ehrenbürger sondern ein Verbrecher. Seine Ehrenbürgerschaft ist eine Beleidigung für alle anderen Ehrenbürger Wilhelmshavens.

Im Gegenwind Nr. 50 vom Januar 1984 wurde gemeldet, dass die SPD-Fraktion im Rat einen Vorstoß zur Aberkennung der Ehrenbürgerschaft unternehmen würde, "sobald ein geeigneter Anlaß gefunden" sei. Über den einen Monat darauf erfolgten Ratsbeschluss gibt es im Gegenwind keinen Bericht, dafür aber in der WZ (16.2.1984): "Kapitel Hitler wurde politisch abgeschlossen", betitelte Max Schmid damals seinen knappen Einspalter. Demnach gab es dann trotz des Vorgeplänkels ein einstimmiges Votum für die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft. OB Janssen betonte den Symbolcharakter des Beschlusses, unabhängig davon, ob der Status formaljuristisch ohnehin erloschen sei. "Die Eile, mit der sich diejenigen, die damals an der Jade politische Verantwortung trugen, mit den braunen Machthabern arrangierten, wurde am Mittwoch in Erinnerung gerufen." Die "Bürgerschaft" bzw. deren Sprecher Dr. Wolf Herold fand allerdings einen "faden Beigeschmack in dieser plakativen Geste. Er schlug vor, jüdische Mitbürger aus der damaligen Zeit nach Wilhelmshaven einzuladen oder auch Wilhelmshavener ehren, die ihnen damals halfen.

Durch die Richtigstellung und Ergänzung ist aus unserer Ehrenbürgergeschichte ein Zweiteiler geworden. Auch ein Irrtum hat sein Gutes: Nun wissen auch die, die es damals überlesen oder vergessen haben, die zu jung oder (wie die Autorin) nicht hier wohnhaft waren, dass Hitler in unserer Stadt kein Ehrenbürger mehr ist - und zukünftig ist diese Information nun auch digital verbrieft und schnell zu recherchieren. Und hoffentlich ein weiterer Anstoß für viele Kommunen, in denen Hitler definitiv – wenn nicht formal, aber doch symbolisch – immer noch Ehrenbürger ist. (iz)

ELCO!

Südstadt!!

BAVARIA KRUG

Betreutes Trinken
seit 1913!

Anzeige

linke alternative wilhelmshaven - linke alternative wilhelmshaven

Links, links, links...

Am 30. April hat DIE LINKE.Wilhelmshaven auf ihrer Kreismitgliederversammlung beschlossen, "in der laufenden Legislaturperiode die Kommunalpolitik der ‚LAW - linke alternative wilhelmshaven' zu überlassen und kommunalpolitisch nur über sie in Erscheinung zu treten" sowie "das von der ‚LAW - linke alternative wilhelmshaven' aufgebaute Büro weiter zu nutzen und sich am Unterhalt zu beteiligen." Für beide Beschlüsse gab es dieselbe "Begründung: Die LAW trat zu den Kommunalwahlen 2006 an. Diese WählerInnenvereinigung nahm die Fusion von WASG und PDS, die selber nicht zur Kommunalwahl antraten, vorweg. Außerdem ist sie für Dritte offen. Die Gründungsmitglieder der LAW sind überwiegend auch Gründungsmitglieder der 2007 konstituierten Partei DIE LINKE. Die Versprechen aus der Kommunalwahl sind gegenüber den WählerInnen und unseren MitstreiterInnen zu erfüllen."
Wir sind über diese beiden Beschlüsse und die Begründung froh, wurde damit doch eine Auseinandersetzung, die Zeit und Kraft gekostet hatte, beendet. Sowohl im Kreisverband Wilhelmshaven als auch im Landesverband Niedersachsen der LINKEN gibt es Mitglieder, die nach dem Zusammenschluss von Linkspartei.PDS und WASG zur Partei DIE LINKE im vergangenen Sommer vertraten und vertreten, die kommunalen Bündnisse, die im Herbst 2006 zu den Kommunalwahlen angetreten waren, sollten nun aufgelöst werden. Ein Argument, das auch uns einleuchtet, lautet, dass die Wählerinnen und Wähler möglicherweise den Unterschied zwischen einer Linken Alternative XYZ und der LINKEN nicht erkennen. Wo die Mitgliedschaft der jeweiligen kommunalen WählerInnengemeinschaft identisch ist mit der des Kreisverbandes der LINKEN, mag es ohne Belang scheinen, ob man die kommunale Vereinigung auflöst oder nicht. In der LAW gibt es jedoch Mitglieder, die nicht der Partei DIE LINKE angehören, und so soll es auch sein: Die LAW ist "für Dritte offen". Das heißt, dass bei uns alle linken Kräfte, die kommunalpolitisch interessiert sind, willkommen sind. Unser kommunalpolitischer Arbeitskreis tagt jeweils am 2. Mittwoch eines Monats ab 19.30 Uhr im Büro in der Rheinstraße 96.
DIE LINKE.Wilhelmshaven nutzt das LAW-Büro schon seit ihrem Bestehen. Dass sie sich auch finanziell daran beteiligen will, ist gut und notwendig. Die LAW kann aus eigenen Mitteln das Büro nicht halten. Sie hat es angemietet, als sie nach der Kommunalwahl 2006 eine Fraktion im Rat der Stadt bildete; das Fraktionsgeld war für die Miete eingeplant. Nach dem Ausscheiden Gerold Tholens aus der LAW-Fraktion letzten Sommer fehlt dieses Geld, und seither hangeln wir uns finanziell von einem möglichen Kündigungstermin zum nächsten.

Termine im Büro Rheinstraße 96:

1. und 3. Mittwoch im Monat 19.30 Uhr:
DIE LINKE.Wilhelmshaven

2. Mittwoch im Monat 19.30 Uhr:
Kommunalpolitischer Arbeitskreis

4. Mittwoch im Monat 19.30 Uhr:
Mitgliedertreffen der LAW

Jeden Dienstag ab 14 Uhr:
Informationstreffen der LINKEN

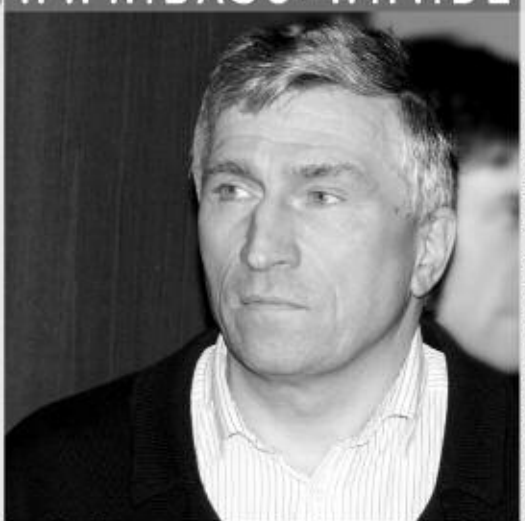
1. Donnerstag im Monat 18.00 Uhr:
BürgerInnensprechstunde des Ratsherrn Johann Janssen

1. Sonntag im Monat 11 Uhr:
Frühschoppen

LAW WählerInnengemeinschaft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit linke alternative wilhelmshaven

Gemeinsam stark für soziale Gerechtigkeit!

WWW.BASU-WHV.DE



„Oberklimaretter II" Michael von Teichman beim Vortrag von Walter Hirche, der Biotope auf seine ganz spezielle Weise „pflegt".

BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN

24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

Kommt ein Oberklimaretter in eine Ratssitzung und sagt: Ich hätte gerne bis zu 4 Kohlekraftwerke und dann noch einen Antrag auf Schutz von Biotopen, nachdem ich schon sämtliche auf dem Rüstersieler Groden auf ein Mindestmaß geschrumpft habe *- gibt´s nicht, werden sie sagen - in Wilhelmshaven schon, denn die FDP und der Vorsitzende Michael von Teichman machen es möglich. Genau werden jetzt viele sagen, denn das hat Tradition bei den Gelben mit etwas Blau drin. Herr Sander, kein Geringerer als Niedersachsens Umweltminister, legt sogar selbst Hand an, wenn es darum geht, Bäume in wichtigen Biotopen mit der Motorsäge umzulegen - pressewirksam versteht sich, damit das nie in Vergessenheit gerät. So schreibt Wilhelmshaven nun Geschichte und man muss sich als solch ein Geschichtsschreiber die Frage gefallen lassen, ob da nicht unumkehrbar die falschen Weichen für die nachfolgenden Generationen gestellt wurden. Vielleicht hätten diese Großindustriebefürworter den „**Stern Report 2006**" vorher lesen und verinnerlichen sollen, demzufolge wir den drohenden Klimawandel mit den Kosten von „zwei Weltkriegen" werden bezahlen müssen, wenn wir nicht sofort gegensteuern.* ***Kyrill*** *war nur der warnende Vorbote [**40 Tote und 7 Milliarden Euro Schaden**]. In wenigen Jahrzehnten wissen wir mehr, wenn diese Klimaretter nicht mehr unter uns weilen?!* ***Toll!***

BASU
FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN
BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT
WWW.BASU-WHV.DE

©GRUPPO1838.COM | foto: hufenbach

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG | RUSCHEREI | 19.30 UHR!